Einzelpreis 160 Mark
mit der Beilage: Deutsches Schrifttum

Bezugs-Preise:
Inland: durch Post monatlich Mark 500.—, durch Kreuzband vierteljährlich Mark 1500.—
Ausland: Beim Verlag: Berlin SW 11, Dessauer Str. 6 zu erfragen

Anzeigen-Preise:
Für die 1spaltige Millimeter-Zeile Mk. 50.—, eine ganze Seite Mk. 126000.— Bei Platzvorschrift entsprechender Aufschlag. Rabatt nach Tarif. Kleine Anzeigen: das Ueberschrifts-Wort Mk. 50.—, jed. weitere Wort Mk. 30.—

Der Reichswart

Graf E. Reventlow

„Der Reichswart" erscheint jeden Sonnabend.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichswart" G. m. b. H., Berlin SW 11, Dessauer Straße 6, entgegen. Fernsprecher: Lützow 8032. Bank-Konto: Darmstädter- und Nationalbank, Berlin, Potsdamer Straße 56. Postscheck-Konto: Berlin 88714
Unverlangten Manuskripten ist Rückporto beizufügen

und „Deutsches Schrifttum" von Ad. Bartels als 14tägige Beilage

Nummer 9 | Sonnabend, den 3. März 1923 | 4. Jahrgang

Inhalt: Deutschvölkische Ruhrhilfe. — Zuerst Innen. — Die Jüdische Propaganda im „Deutschen Pfadfinderbund". — Feindliche Brüder. — Kopfschuß und Orden. — Reichstagsrede des Abgeordneten Wulle am 17. Februar (Schluß). — Die D. F. P. und die Deutsch-Soziale Partei. — Die Rechtsungültigkeit des Friedensvertrages von Versailles.

Deutschvölkische Ruhrhilfe!

Zuerst Innen!

Die Presse und die Redner der Simulanten von der „Einheitsfront" fahren fort, die Luft mit ihren Phrasen zu erfüllen: von der Naturnotwendigkeit eines endlichen Sieges des Rechtes und der Wahrheit, von der gewaltigen moralischen Stärke der deutschen Position, von der öffentlichen Meinung der „Welt", die sich immermehr auf Deutschlands Seite stelle, von der allgemeinen ungeheuren Achtung, welche dieselbe „Welt" von der Abwehrfront des deutschen passiven Widerstandes habe, von dem wachsenden Abscheu, den man dem französischen Gewaltverfahren entgegenbringe usw. Als besonderen Trumpf aller dieser moralischen Helden aber hört man: die deutsche Sache müsse sich siegreich durchsetzen, denn sonst würde ja Europa — was ist das? — zugrundegehen.

Und das ist wie der Berliner Ausdruck lautet, Quatsch mit Soße! Das Wort ist gut und bezeichnend, die Tatsache um so trüber, daß der Berliner, wie der Deutsche, überhaupt den Quatsch mit Soße nicht allein gern zu sich nimmt, sondern ihn für sein Wohlbefinden notwendig braucht und aus ihm jene chronische, moralische Bettschwere gewinnt, die ihm eine nüchterne Betrachtung der unerfreulichen Wirklichkeit nicht aufkommen läßt.

Was der „Reichswart" unmittelbar nach den Aufrufen der Regierung sagte, tritt von Tag zu Tag krasser und widerlicher in die Erscheinung, nämlich die Unwahrhaftigkeit des Wortes von der Einheitsfront. Tatsächlich bestanden hat sie in keinem Augenblick. Anstatt darüber zu jammern und sich zu entrüsten, und so zu tun, als ob die Hetzereien und Landesverrätereien der Kommunisten und die Propagandareisen Herrn Breitscheids und Genossen und die Gesamtzermürbungsarbeit der linken Presse, etwas ganz Außerordentliches und Unerwartetes seien, sollte man sich klarmachen, daß ein solcher Verlauf, dem eines Tages ein entsprechender Abschluß folgen wird, natürlich war und bleibt:

Nur eine wirkliche, von Innen herauskommende, Sammlung und Erhebung des deutschen Volkes kann einmal das für die deutsche Sache erreichen, was erreicht werden muß, nämlich dem deutschen Volk und Reich die Zukunft retten, ihm Unabhängigkeit wiedergeben und wirkliche Einheit schaffen. Der Gedanke ist lächerlich, und die Täuschung nicht minder stümperhaft als frevelhaft, daß die Flickschuster-Scheinarbeit der „Einheitsfront" zu solchen großen und größten Dingen imstande sein könnte. Man kann nur mit Kopfschütteln feststellen, daß selbst die Deutschnationale Volkspartei an dieser großen Täuschung teilnimmt und ihr unterliegt.

Regierungsvertreter haben neulich im Reichstag gesagt, es sei nicht daran zu denken, einen Kampf mit den Waffen gegen Frankreich zu führen. Das ist richtig und aufrichtig, aber wie kommt es, daß gegenteilige Gerüchte immer wieder durchs Land gehen? Wir sehen dahinter eine Machination und Absicht, welche in der folgenden Nummer besonders behandelt werden soll, wollen aber heute schon darauf hinweisen. An Waffenkampf gegen Frankreich zu denken und davon zu sprechen, ist, und ganz besonders unter den in Deutschland herrschenden Verhältnissen, ein Verbrechen, und für alle die, welche dabei aufrichtig sind, ein Denkfehler und eine Torheit; für die anderen ein kluger Kniff zum Verderben des deutschen Gedankens.

Eine innere, von aller Lüge und Heuchelei und Mache freie Einigung der Deutschen ist nur im völkischen Zeichen möglich. Nur dann ist, folgerichtig, an eine wirkliche Erhebung die, wie gesagt, von Innen, vom Innersten, herauskommen muß, zu denken. Wir müssen also durch einen auf den Grund gehenden Prozeß innerer Reinigung hindurch, einer Reinigung von allem Undeutschen, von aller Unwahrhaftigkeit, vom jüdischen Einfluß, von der jüdischen Herrschaft. Der Weg mag vielen nicht in ihr Programm passen, ihnen peinlich, schwierig, vielleicht unmöglich erscheinen. Die Wirklichkeit ist aber so: **nur durch deutsche, innere Reinigung kann das deutsche Volk zu wirklicher Einigung kommen und dann, zur Erhebung und Selbstbefreiung. Man muß also mit der ersten Bedingung anfangen. Alles andere ist Zeit- und Arbeitsverlust und Selbsttäuschung und Weg in Verderb und Verderben!**

Wer erhält die Ruhrhilfe?

Diese beschämende Frage ist leider notwendig geworden. Die Nachrichten aus dem Ruhrgebiet mehren sich, nämlich daß die Spenden der deutschen Bevölkerung zu Hilfe und Stütze der gequälten und bedrängten Brüder und Schwestern im Ruhrgebiet in die Kassen der dortigen Gewerkschaften flössen; daß alle diejenigen nichts von der Ruhrhilfe erhielten noch erhalten sollten, welche sich nicht den Gewerkschaften anschlössen, noch zu ihnen gehörten. Es liegt auf der Hand, was für ein moralischer Terrorismus sich hieraus ergeben müßte. Man verstände nun klar, weshalb der Matador des „Vorwärts", der Jude Stampfer, neulich schreiben konnte: im Ruhrgebiet liege die Führung jetzt wieder ganz in den Händen der sozialdemokratischen Gewerkschaften, der nationalen Bewegung dort sei man Herr geworden. Also: alle Kreise des deutschen Volkes spenden für das Ruhrgebiet, bringen, wie Herr Ebert mit gewohnter Eleganz sagt, Volksopfer, — und, allen Nachrichten zufolge, würden die so zusammengebrachten Geldmittel tatsächlich dienen, um die nationale Bewegung zu unterdrücken und auszuhungern und die sozialistischen Gewerkschaften fett zu machen und ihnen einen erfolgreichen „werbenden" Terrorismus zu gestatten. Das wäre klug ausgedacht und praktisch ausgeführt, aber man möchte doch bezweifeln, ob die gesamte deutsche Bevölkerung, besonders die zahllosen Spender, mit dieser Verwendung einverstanden sind.

Die „Deutschvölkische Freiheitspartei" hat sich aus diesen Gründen entschlossen, eine Sammelstelle: „Völkische Ruhrhilfe" einzurichten, um allen Spendern für die Brüder und Schwestern an der Ruhr die Gewißheit zu gewährleisten, daß die Opfer den notleidenden Volksgenossen zugeführt werden, nicht aber dienen, um die Herrschaft des jüdischen Marxismus zu stärken und der Bekämpfung des völkisch-nationalen Gedankens zu dienen. —

Spenden wären zu richten an die Anschrift: „Deutschvölkische Ruhrhilfe, Berlin SW 11, Dessauer Str. 6" oder „Deutschvölkische Ruhrhilfe", Postscheckkonto: Berlin NW 7 Nr. 143488.

Die jüdische Propaganda im „Deutschen Pfadfinderbund."

In der ersten Nummer des „Feldmeister", dem Organ des „Deutschen Pfadfinderbundes", findet sich ein Aufsatz, der alle Aufmerksamkeit verdient und die Ueberschrift: „Brüderlichkeit" trägt. Der Verfasser nennt sich mit dem Decknamen „Bartholomäus". Er geht von dem Roman Walter Bloems aus, der den Titel „Brüderlichkeit" führt. Bartholomeus ist begeistert von Bloems Auffassung, daß ein Jude, dessen Fühlen und Streben deutsch sei, als ein Bruder, nämlich als ein Deutscher, betrachtet werden müsse.

„Sind denn überhaupt Glieder einer Vereinigung, die auf ihre Fahne die Brüderlichkeit, die Gleichheit des Strebens nach demselben hohen Ziele geschrieben haben, berechtigt, einen Menschen, der mehr als einmal das gleiche Streben bewiesen hat, auszustoßen nur deshalb, weil er ein andersgläubiger (!Fk) Stamm einer anderen Rasse ist? Auch wir wollen in unserem deutschen Pfadfinderbunde nur Deutsche haben, das heißt solche, die von ganzem Herzen und von ganzer Seele Deutsche sind. Wer darf denn nun eigentlich „Deutscher" heißen.

Zunächst müssen wir uns einmal klar machen, was wir unter diesem Begriff verstehen. Sind die nur Deutsche, die deutscher Nationalität sind? Hierauf kann man nur mit einem glatten „Nein" antworten. Denn ich kann mir gut Menschen vorstellen, die im Auslande, z. B. Japan, geboren sind und deren Eltern und Vorfahren, obwohl deutscher Abstammung, aus irgendeinem formalen Grunde das Bürgerrecht der neuen Heimat erworben haben, die aber trotzdem deutsche Erziehung genießen und mit allen Fasern ihres Herzens dem Mutterlande, dem deutschen Volke, angehören. Diese bleiben trotz ihrer Nationalität z. B. als Japaner Deutsche. Also kann das „Deutscher" sein nicht allein von der Aeußerlichkeit abhängen. Liegt also die Erklärung dieses Begriffes in der Abstammung Rasse: Arier oder Nichtarier? Nehmen wir an, ein Franzose, der als Romane der arischen Rasse angehört, läßt sich in Deutschland naturalisieren, bleibt aber in seiner ganzen Anschauung und in seinem Herzen Franzose. Würden wir einen solchen Menschen in unserem deutschen Pfadfinderbunde aufnehmen können? Der Abstammung nach gehört er als Arier unserer Rasse an und der Nationalität nach ist er deutscher Staatsbürger. Wenn ich also den Begriff „Deutscher" nur der Nationalität und Abstammung nach erkläre, würden einer Aufnahme keine Bedenken entgegenstehen. Und doch kann ich wohl mit Bestimmtheit behaupten, daß wir uns sehr hüten würden, dieses zu tun, namentlich unter den heutigen Verhältnissen; auf der anderen Seite haben wir aber gerade in Deutschland noch eine ganze Menge Nachkommen jener Flüchtlinge aus Frankreich, die unter dem Großen Kurfürsten hier bei uns eine neue Heimat fanden und die im Laufe der Jahrzehnte aus ehemaligen Franzosen Deutsche mit ganzem Herzen geworden sind. Wie oft findet man noch unter den berühmten Heerführern, Gelehrten, Dichtern usw. Deutsche mit französisch klingenden Namen. Wollt ihr die etwa als Nichtdeutsche erkennen? Nein, liebe Pfadfinderbrüder, eine rein formliche Auslegung des Begriffes Deutscher kann es nicht geben. Der Sinn liegt viel tiefer verborgen. Nach den obigen Beispielen, die etwa nicht vereinzelt dastehen oder mit den Haaren herbeigezogen sind, kann man nur zu der Anschauung kommen, daß wir den als Deutschen anerkennen müssen, der in das deutsche Wesen eingedrungen ist, der sein ganzes Tun und Lassen, seine ganze Arbeit und Kraft in den Dienst des deutschen Volkes stellt, auch im Notfalle unter Einsetzung seines Lebens. Da dürfen wir keinen Unterschied in der Rasse, der Abstammung und im Glauben machen. Der ist ein Deutscher, der die Gesinnung, das Gefühl und den Willen hat, ein Deutscher zu sein.

Wenn man sich erst hierüber klar geworden ist, so erledigt sich doch eigentlich die Judenfrage ganz von selbst."

Bartholomäus läßt rührende Ausführungen folgen über die tiefe Sehnsucht der über die ganze Welt verstreuten Juden nach Seßhaftigkeit. Die deutschen Juden wollten Deutsche sein und hätten ihr Deutschtum oft bewiesen. Der Wahlspruch der Pfadfinder: „Für den Anderen" verlange in diesem Falle:

„Hingebende Liebe zu allen deutschen Menschen, wes Standes und Glaubens sie sein mögen, welcher Klasse und Rasse sie angehören mögen. Jene Liebe, die auch im politischen und wirtschaftlichen Gegner den deutschen Bruder erkennt und ehrt, Liebe, die in der eigenen Brust zur Selbstprüfung, zum Erneuerungswillen wird, — — nach außen aber sich auswirkt als Verständnis und Schonung, Rücksichtnahme und Opfermut." —

Wenn man dem Verfasser vorhalte, daß doch gerade Juden das deutsche Unglück mit herbeigeführt hätten:

„Ja, liebe Pfadfinderbrüder, zu einem großen Teil mögt Ihr Recht haben". Das begründe sich aber in der schlechten Behandlung, die der Deutsche seit Jahrhunderten den Juden habe zu teil werden lassen und der fanatische Haß vom Mittelalter bis zu den „Hakenkreuzlern".

Da dürfe man sich nicht wundern, wenn man wiederum Haß ernte.

„Laßt doch endlich einmal euer Vorurteil fallen, seht doch auch in dem Juden den Menschen und urteilt erst dann über ihn, wenn ihr erkannt habt, wes Geistes Kind er ist". — Man wolle doch Deutschland wieder aufrichten, und deshalb müsse man frei von allen Vorurteilen dem Deutschen die Bruderhand reichen, stamme er, woher er wolle".

Ein anderer Pfadfinder antwortet hierauf im „Feldmeister" und hat dem „Reichswart" den Text seiner Antwort geschickt. Er schreibt unter dem Namen „Rauwolf der Jüngere" und wendet sich gegen Bartholomäus, dessen Aufsatz zeige, wie wenig in den Pfadfinderkreisen der Kampf der „Deutschvölkischen" gegen den jüdischen Einfluß bekannt sei. Wer in der Judenfrage mitreden wolle, müsse vorher überhaupt sich in das Wesen des Judentums vertiefen, auch die einschlägige Literatur kennen.

„Wir Pfadfinder sollen „Brüderlichkeit gegen unsere Mitmenschen" üben, uns geht das Vaterland über alles. Die über den Begriff des „Deutschen" gemachten Ausführungen sind im großen ganzen anzuerkennen; ganz richtig heißt es da, daß wir nur den als „Deutschen" anerkennen, der in das deutsche Wesen eingedrungen ist, der sein ganzes Tun und Lassen, seine Arbeit und Kraft in den Dienst des deutschen Volkes stellt, auch im Notfalle unter Einsetzen seines Lebens. Der ist ein Deutscher, der die Gesinnung, das Gefühl und den Willen hat, ein Deutscher zu sein.

Wer aber in das Wesen des Juden, in sein ganzes Tun und Lassen, sein Streben näheren Einblick genommen hat, der kommt zu der Ueberzeugung, daß ein Jude nie ein Deutscher nach Fühlen, Denken und Handeln werden kann, da seine „Rasse" es ihm einfach nicht zuläßt. Jede Rasse hat ihre Kennzeichen und Eigentümlichkeiten, die dem Rassenangehörigen ihren Stempel aufdrücken und es einfach unmöglich machen, in das Denken und Fühlen einer anderen Rasse einzudringen. So ist

einfach jeder Jude unfähig, ein „Deutscher" zu werden, wenn er sich auch noch so sehr bemüht. Es kann niemand aus seiner Haut heraus, das trifft in jeder Hinsicht zu. Wenn von den Juden behauptet wird, sie hätten ebenso geblutet für ihr „Vaterland", wie wir Deutschen, so ist dem entgegenzuhalten, daß es einfach ihre Pflicht war, als „Deutsche Staatsbürger" die erste Pflicht eines solchen zu erfüllen. Die unterwühlte Front hat ja auch zur Genüge ihre Tätigkeit bewiesen.

Rauwolf der Jüngere sagt hinsichtlich der behaupteten „tiefen Sehnsucht der Juden nach Seßhaftigkeit sehr richtig, daß die Juden gar nicht den Willen haben könnten, ein Land in dem sie alle Rechte genössen, als Vaterland zu betrachten, und führt dazu Aussprüche hervorragender Juden als Beweis an. Rauwolf der Jüngere widerlegt ebenfalls das Märchen von dem armen unterdrückten Judenvolk und sagt, wie schon das Alte Testament beweise, habe der Jude immer gegen andere Völker Haß empfunden und betätigt, sie schamlos ausgewuchert und mißhandelt.

Heute jedoch suchen die Juden die Völker über diese Vorgänge hinwegzutäuschen und erzählen wehleidige Märchen über ihr „armes, unterdrücktes Volk". Daß der Deutsche für solche wucherische Ausbeutung, die ihm seinem arischen Wesen nach nicht liegt, kein Verständnis hat, ist selbstverständlich. An uns deutschen Pfadfindern, die wir unser zertretenes, geknechtetes Vaterland aufrichten wollen, ist es, uns über alles, was an Schädlingen und Uebeln in unserem Volkskörper schmarotzt und ihm die Lebenskraft aussaugen will, aufzuklären. Nur so kann es uns gelingen, das Uebel zu beseitigen und neues Leben auf den Trümmern unseres Vaterlandes zu erwecken. Dazu gehört aber, daß wir unser Volk über Wesen und Ziel des Judentums aufklären, nicht aber mithelfen, die Täuschungen, mit denen unser Volk durch die gesamte Judenschaft jahrhundertelang umnebelt wurde, weiter zu verbreiten. Wir wollen Brüderlichkeit mit allen deutschen Volksgenossen arischer Abstammung, ziehen aber einen scharfen Trennungsstrich zwischen uns und unserem völkischen Todfeinde, dem Juden. Nicht helfen können uns diese zum Aufbau, sondern nur, wie sie bewiesen haben, zum Untergange unseres Vaterlandes.

Wir deutschen Pfadfinder aber gehen unseren als recht erkannten Weg gerade durch aus eigener Kraft!!!"

Der mit Bartholomäus gezeichnete Aufsatz ist ein sehr wertvolles Zeugnis für die Art der für die deutsche Jugend bestimmten jüdischen Propaganda. Damit soll nicht gesagt sein, daß Bartholomeus Jude sei. Im Gegenteil ist er wahrscheinlich kein Jude, sondern selbst direkt oder indirekt, das kommt auf dasselbe heraus, Objekt der jüdischen Propaganda und Einwirkung. Was in dem Artikel gesagt wird, ist genau dasselbe, was die „Deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens", die „Nationaldeutschen Juden", die „Frankfurter Zeitung", das „Berliner Tageblatt" und der „Vorwärts" gefälschmünzert haben und fälschmünzern. Für alles das haben sie unzählige Abstufungen, Farben und Töne, je nachdem, wen man beeinflussen will. Hier handelt es sich um die Jugend, im besonderen um den „Deutschen Pfadfinderbund". Bei der Größe und Bedeutung dieses Bundes, ist klar, wieviel den Juden daran liegt, hier einzudringen und damit zu herrschen. Einzudringen, — in jedem Sinne. Aus dem Aufsatz des Herrn Bartholomäus geht es hervor, ist außerdem bekannt genug, daß es dem Juden noch immer nicht gelingt, physisch, geistig und moralisch in den „Deutschen Pfadfinderbund" derart einzudringen, wie er möchte. Es handelt sich in diesem Bestreben, einzudringen zu einem Teile, selbstverständlich um die Aufdringlichkeit junger Juden, deren Arroganz und Erziehung beansprucht, überall wo Deutsche sich irgendwo und irgendwie zu irgend etwas zusammentun, mitten unter ihnen zu sein, das große Wort zu führen und die heimliche Führung auszuüben. Sicher ist dieses Moment nicht zu unterschätzen, aber in der Hauptsache und zum gewählten Ziel wirkt es doch mit im Zusammenhang der großen jüdischen Gesamtpropaganda. Ihre Leiter kennen und beachten sorgfältig die alte Wahrheit: daß die Zukunft hat, wer die Jugend hat. Sie sehen, wie in Deutschland die Erkenntnis des Wesens des Judentums immer mehr Fortschritte macht und wissen, daß im Augenblicke, wo diese Erkenntnis einen gewissen Grad an Tiefe und Breite gewonnen hat, es mit der großen jüdischen Lüge und zugleich mit der Macht des Judentums aus sein wird. Die weisen Männer von Zion wissen, daß die Jugend und vollends die deutsche Jugend häufig genug einen unübertrefflich fruchtbaren Boden für ihre Beeinflussungsversuche bildet. Deshalb benutzen sie ihre Kenntnisse des Wesens und der Geschichte des Judentums. Sie arbeiten, pseudomoralisch, mit „Recht" und „Unrecht". Sie setzen der deutschen Jugend talmudisch die sentimental frisierte Spitzfindigkeit vor, daß der Jude, welcher im Kriege seine Pflicht getan habe, doch ein Deutscher sei, und es geradezu ein Verbrechen bedeute, ihn als einen Fremden zu behandeln und nicht ohne weiteres an den deutschen Bruderbusen zu nehmen. Natürlich finden wir auch hier wieder die andere alte Irreführung durch die Gegenüberstellung: Jude und Christ und die ebenso unwahre Phrase vom „Unterschiede des Bekenntnisses". Der Ausdruck „Bekenntnis" ist für den Juden überhaupt unzutreffend. Der Jude hat kein Bekenntnis, sondern das mosaische Gesetz und seine Fortsetzung durch den Talmud und den Schulchan Aruch; man denkt „beiläufig" an das „ob Jud, ob Christ" im Buch des Deutschen Kronprinzen.

Weiter bedient sich Bartholomäus der anderen alten Fälschung zur Begriffsverwirrung der deutschen Jugend durch das Beispiel vom Franzosen, der doch Arier sei und dabei vom ganzen Herzen Franzose. Vermischungen unter den arischen Völkern haben häufig Platz gegriffen und sind gewöhnlich nicht zum Schaden ausgeschlagen. Vermischungen zwischen Juden und Deutschen schlagen erfahrungsmäßig immer zum Verderb und Schaden der deutschen Seite aus, sowohl physisch wie moralisch. Stehen zwei arische Völker miteinander im Kampf auf Tod und Leben und voll nachwirkendem Hasse gegenüber, wie jetzt und für absehbare Zukunft die Deutschen und die Franzosen, so bleibt selbstverständlich eine gegenseitige Vermengung ausgeschlossen. Mit dem Juden steht die Sache ganz anders. Der Jude bleibt, ob er sich dem Deutschen feindlich oder freundlich gegenüberstellt, für das deutsche Wesen, für die Nachkommenschaft aus einer deutsch-jüdischen Ehe oder illegitimen Vermischung ein Pestbazillus. Das gleiche gilt vom ganzen geistigen, kulturlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben des deutschen Volkes. Der Deutsche kann den Juden nicht vertragen, der Jude spielt auf die Fehler und Schwächen des Deutschen, wie der Virtuose auf seinem Instrument und macht ihn schlechter. Diese Beurteilung hat mit Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit und allen anderen schönen Worten nichts zu tun. Es handelt sich für jeden, der die Augen öffnen will, um Tatsachen und Erfahrungen. Seht euch, ihr Pfadfinder, einmal die Kinder und Enkel aus jüdischen Vermischungen an und fragt euch, ob ihr ähnliche Nachkommen haben möchtet. Seht euch das jüdische und verjudete Theater in Deutschland an, die Literatur, das Kino, unsere gesamten und unter jüdischer Führung demoralisierten Verhältnisse in Deutschland. Haltet euch gegenwärtig, daß der Internationalismus, welcher Deutschland den Krieg, seine Monarchie und sein Heer hat verlieren lassen, der den Schmutz und Hochverrat der Revolution über das deutsche Volk gebracht hat, von Juden geführt und inszeniert und, das wollen wir nicht vergessen, ausgenutzt wurde und wird. Dabei können dieselben Juden sehr schöne deutsche patriotische Posen einnehmen und Worte machen. Ihr Pfadfinder vergeßt nicht, daß der Jude im Grunde immer Jude bleibt, das alles andere Maske und oberflächliche Anempfindung ist, daß der Jude nur ein wirkliches Ideal hat: seiner und seines Volkes Herrschaft über die anderen Völker, die zu verderben und zu benutzen ihm sein religiöses Gesetz befiehlt.

Alles in allem, ihr Pfadfinder, die ihr den Wahlspruch „Für den anderen" folgt, könnt den richtigen Pfad nur finden, wenn Ihr als „den anderen" euren deutschen Volksgenossen ansehet, aber nicht den ewigen Feind des deutschen Volks, der sich mit allen denkbaren raffinierten Täuschungsversuchen euch nähert und vom Pfade eures richtigen deutschen Instinktes abzubringen versucht.

Feindliche Brüder.

Der „Reichswart" erhält die folgende Zuschrift:

Ist der Name „Freimaurer" patentiert?

Von

W. H. Häsler.

Die Schmähungen, die seitens der Altlogen fortgesetzt über den Freimaurerbund „Zur aufgehenden Sonne" ergehen, geben Anlaß, die Oeffentlichkeit aufzuklären. Die Altlogen scheinen den Namen „Freimaurer" beim Reichspatentamt patentiert zu haben, so daß sie sich einbilden, nur allein den Namen „Freimaurer" führen zu dürfen. — Das ist irrig!

In den Schriften der Altlogen wird betont, daß der Maurergeist dazu berufen sei, die Menschen zu „verbrüdern", die feindlichen Gegensätze in der menschlichen Gesellschaft zu beseitigen, Menschen und Völker zu einem harmonischen, von Schönheit gezierten Lebensbau zu vereinigen.

Wie vereinbart sich aber dieses, wenn man den ihnen „unbequemen" Freimaurerbund „Zur aufgehenden Sonne" mit „falschen Propheten", „Winkelloge" usw. beschimpft und herabwürdigt?

Der Freimaurerbund „Zur aufgehenden Sonne" ist keine Winkelloge und seine Mitglieder sind keine falschen Propheten. Sie sind eben „Freimaurer"! — Mit diesen Verleumdungen und Schmähungen, die öffentlich durch die Presse zum Ausdruck gebracht werden, scheinen die Altlogen dem guten Ruf des F. Z. A. S. schaden zu wollen. — Warum denn so egoistisch sein? Warum diese unaufhörlichen, unberechtigten Angriffe von solchen, die sich „Brüder" nennen? Wo bleibt da das wahre „Menschentum", die „Humanität"? Hat doch die Freimaurerei den erhabenen Gedanken der Menschheitsverbrüderung auf ihr Banner geschrieben. Und nur diejenigen Freimaurer, die auf diesem Standpunkt stehen, dürfen sich künftig nur noch Freimaurer nennen.

Es ist ein Geistesgesetz: Wer ein Korn Haß säet, der erntet 100 Korn Haß wieder, und wer ein Korn Liebe säet, der erntet 1000 Korn Liebe wieder! Ich bitte die Altlogen, diese „goldenen" Worte zur gefälligen Notiz nehmen zu wollen. Zur Aufklärung! Der Freimaurerbund „Zur aufgehenden Sonne" ist tolerant und national gesinnt. Er hält an den alten Pflichten von 1723 fest und übt Toleranz gegen Bekenner aller Religionen. Er treibt keine Politik, er sucht auf unlauterem Wege keine Anhänger, er ist aber gegen Völker-, Rassen- und Klassenhaß und nimmt nur Männer mit ernstem Streben nach hohen Zielen auf. Letzteres wird immer seine vornehmste Pflicht bleiben.

Der Freimaurerbund „Zur aufgehenden Sonne" ist eine unabhängige Großloge und will sich keinem Großlogenbund unterstellen noch anschließen.

Weshalb der dem Freimaurerbund „Zur aufgehenden Sonne" angehörende Verfasser seine Zuschrift gerade an den „Reichswart" gerichtet hat, ist vielleicht nicht ganz leicht verständlich. Immerhin wird sie hiermit gern veröffentlicht. Der Einsender verdient in einigen Punkten sogar Zustimmung.

Aus der Zuschrift geht u. a. hervor, daß die Mitglieder des „Freimaurerbundes zur aufgehenden Sonne" sehr böse auf die altpreußischen Logen sind. Diese, im besonderen hervorragende Angehörige der Großen Landesloge, haben im vorigen Jahre, wie den „Reichswart"-Lesern erinnerlich ist, der Leitung des Freimaurerbundes „Zur aufgehenden Sonne" Landesverrat vorgeworfen und andere nicht von Hochachtung zeugende Dinge gesagt. Der Bund klagte, und die Angeklagten wurden freigesprochen. Ihnen hatte zum Anlaß gedient die Veröffentlichung eines Schriftwechsels zwischen Vertretern des Bundes „Zur aufgehenden Sonne" und der Pariser Großloge. Der „Reichswart" hat seinerzeit diesen Schriftwechsel, den die Freimaurerzeitschrift „Latomia" brachte, im Auszuge veröffentlicht und konnte sich der Beurteilung jener Vertreter der großen Landesloge nur anschließen, also den Schriftwechsel restlos verurteilen. Die wirklich deutschen Mitglieder des „Freimaurerbundes zur aufgehenden Sonne" wissen vor lauter „Menschheit" nicht, was Vaterland, Nation und Volk ist, sie kennen kein Deutschgefühl, und der Sinn für die Würde und den Stolz eines Volkes, sowie über dessen organische Natur, die gesunderweise sich gegen Fremdes verteidigen oder es ausscheiden muß, geht ihnen ab. Sie stehen, manche ohne es vielleicht zu wissen, unter jüdischer Inspiration und Führung.

Der Zorn Herrn Häslers führt sich in der Hauptsache darauf zurück, daß die Angehörigen der altpreußischen Logen den Namen „Freimaurer" nur für sich beanspruchten und dem Bunde „Zur aufgehenden Sonne" nicht gönnten: „Wo bleibt da das wahre Menschentum? Wo die Menschheitsverbrüderung?" Es wäre richtiger gewesen, wenn Herr Häsler sich diese Frage ganz allgemein vorgelegt, sich in der Welt umgeschaut, den Begriff Menschheit nüchtern untersucht, als leer befunden und an den Nagel gehängt hätte. Dazu ist er innerlich nicht fähig und erhebt bittere Vorwürfe gegen die altpreußischen Logen, die ihrerseits dem Geiste der Menschheit und Menschheitsverbrüderung nicht gerecht würden. Solche Vorwürfe könnten den altpreußischen Logen nur zur Ehre gereichen. Jedoch bleibt ein Aber. Der Verfasser der Zuschrift sagt: Nicht Ihr allein seid Freimaurer, sondern wir haben das gleiche Recht auf diesen Namen und sind bessere Freimaurer als Ihr, Ihr aber beansprucht den Namen wirklicher Freimaurer für Euch!" — Wer sich auf den Standpunkt des freimaurerischen Grundgedankens stellt, wird zugeben müssen, daß der Verfasser der Zuschrift, unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, recht hat. Der „Freimaurerbund zur aufgehenden Sonne" entspricht dem freimaurerischen Grund- und Leitgedanken mehr, als die altpreußischen Logen es tun. Andererseits halten diese darauf, daß sie im eigentlichen Sinne Freimaurer seien und das freimaurerische Ideal mit dem nationalen Gedanken verbänden. Wenn der „Freimaurerbund zur aufgehenden Sonne", nach Herrn Häsler, auch national sein soll, so kann man nach seinem Wirken im allgemeinen und im besonderen seiner Werbung bei der Pariser Großloge, mit einem Lächeln darüber hinweggehen. Auf die altpreußische Maurerei aber trifft auch in diesem Sinne zu, was der „Reichswart" früher gesagt hat: es gebe wohl nationale Freimaurer, aber keine nationale Freimaurerei. Die altpreußischen Logen (es sei auf die früheren Aufsätze des „Reichswart" zu diesem Thema verwiesen) wollen wohl A sagen, aber nicht B. Sie wollen national sein, ziehen aber aus diesem Entschluß nicht die Konsequenz, welche zugleich die Voraussetzung für eine dauernde und zuverlässige nationale Betätigung dieser Logen wäre, nämlich: die Zugehörigkeit zum Freimaurertum mit seinen Weltzusammenhängen und seinem in allen großen Zügen gemeinsamen jüdischen Ritual aufzugeben; dazu würden ohne weiteres auch die gemeinsamen Zeichen, die Zusammenkünfte, das Gastrecht usw. usw. gehören.

Seit Jahr und Tag geht durch die altpreußischen Logen ein nationaler Zug, das hat der „Reichswart" wiederholt hervorgehoben. Nach wie vor aber haben die altpreußischen Logen keine Bestimmung, welche unmöglich macht, daß Juden aufgenommen werden, nach wie vor befindet man sich in reger Tätigkeit, freimaurerische Weltbeziehungen zu unterhalten und auszudehnen, nach wie vor bleiben die früher aufgenommenen Juden in den Logen, nach wie vor bleiben die gemeinsamen Zeichen. Kurz, wenn man auch alles anerkennt, was anerkannt werden kann, so bleibt doch als Ergebnis, daß die altpreußischen Logen sich im Zustande der Halbheit befinden. Deshalb muß wiederholt werden: solange die altpreußischen Logen im Rahmen der gesamten Freimaurer bleiben und Mitglieder der humanitären Maurerei in Deutschland, sowie außer deutscher Freimaurerei als Brüder bezeichnen und behandeln, solange sie den Menschheitsbegriff haben und ihn nicht durch das deutsche Volkstum allein ersetzen, solange können auch Vertreter des „Bundes zur aufgehenden Sonne" Vorwürfe erheben und Ansprüche, die uns Profanen nicht ohne Komik sind, aber innerhalb des Freimaurertums der Berechtigung nicht entbehren. Die preußischen Großlogen werden B sagen müssen, oder über kurz oder lang wird das A vom „Menschheitsgedanken" und was dazu gehört überwuchert werden.

Kopfschuß und Orden.

Herr Alfred Roth sendet dem „Reichswart" folgendes Schreiben:

Bergedorf, Bez. Hamburg, am 27. Februar 1923.
Ferdinandstraße 5

Sehr verehrter Herr Graf!

Der „Reichswart" (Nr. 8/1923) bringt auf Seite 4 in dem Bericht über den Prozeß Müller/Gothein eine Stelle, wo es in bezug auf mich heißt:

„Daß Roth dreimal verwundet war, darunter durch einen schweren Kopfschuß, an dessen Folgen er noch leidet."

Da diese letzte Wendung gänzlich überflüssig ist, aber einer Art der Verächtlichmachung meiner Person entspricht, wie sie seit Jahren in den Kreisen der „Orden" beliebt worden ist, so muß ich annehmen, daß ihre Wiedergabe nicht ohne eine gewisse Absicht gerade in den jetzigen Zeitläuften übernommen worden ist. Ich bedaure das sehr und bitte Sie um eine Erklärung in Ihrer Zeitschrift, daß die Annahme, wonach ich „an den Folgen eines Kopfschusses jetzt noch leide" völlig unbegründet ist. Ich lege großen Wert darauf, damit diese absichtsvolle „Inschutznahme" meiner Person nicht noch weiter zum Schaden der durch mich vertretenen Sache sich auswächst.

Mit deutschem Gruße
Ihr ergebener
Alfred Roth

Wir sind zwar überzeugt, daß der Verfasser jenes Aufsatzes schwarze Gedanken nicht gehabt hat, veröffentlichen aber gern den Brief Herrn Roths und sind überzeugt, daß es nunmehr niemand geben wird, der glauben und sagen könnte: Herr Roth leide noch unter den Folgen eines Kopfschusses. — Die Bemerkung Herrn Roths über die „Orden" ist uns leider unverständlich, denn weder der „Reichswart", noch seine Mitarbeiter und politischen Freunde sind Ordensbrüder, stehen nicht mit irgendeinem Orden in Beziehung oder kennten irgendeinem Orden, dem sie politisch oder sonst irgendwie naheständen. Was den Freimaurerorden anlangt, so dürfte ja Herr Roth wohl die Ansichten des „Reichswart" darüber kennen.

Die Reichstagsrede des Abg. Wulle am 14. Februar.

(Fortsetzung.)

Das Verbot meiner ostpreußischen Versammlungen ist erfolgt nicht etwa auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik, sondern auf Grund des Allgemeinen Preußischen Landrechts, das ist besonders interessant. Wir haben, nachdem das Allgemeine Preußische Landrecht ja schon einige Menschenalter besteht, inzwischen eine Revolution gehabt und inzwischen eine neue Reichsverfassung in Weimar bekommen. Diese Reichsverfassung enthält einige Artikel, die sich mit dem Versammlungsrecht und

Detektiv-Institut.
Hauptmann Holtz.
Leipziger Str. 105. Ecke Friedrichstr. Tel. Zentr. 1273.
Erstklassige Erfolge!

was damit zusammenhängt befassen. Im Art. 13 steht, daß Reichsrecht Landesrecht bricht. Wenn einzelne Bestimmungen des Landesrechts mit der Reichsverfassung in Widerspruch stehen, dann sind sie eben durch die Reichsverfassung aufgehoben.

Art. 123 der Reichsverfassung lautet:

> Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln.
>
> Versammlungen unter freiem Himmel können durch Reichsgesetz anmeldepflichtig gemacht werden und bei unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten werden.

Es steht danach, weil Reichsrecht vor Landesrecht geht, fest, daß man keinem Deutschen die Abhaltung von öffentlichen oder geschlossenen Versammlungen verbieten kann, es sei denn, daß es sich um Kundgebungen unter freiem Himmel handelt. Darum hat es sich nicht gehandelt. Ich berufe mich hierbei auf den Kommentar von Anschütz zur Reichsverfassung, der wohl auch von der Reichsregierung, vom Herrn Reichsminister des Innern und dem Reichsjustizminister als maßgeblich anerkannt werden muß:

> Der Aufruf des Rates der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 hat alle bis dahin bestehenden Beschränkungen der Versammlungsfreiheit beseitigt.

Danach ist selbst das Vereinsgesetz vom 19. April 1908 aufgehoben, soweit es Bestimmungen enthielt, die die Versammlungsfreiheit in irgendwelcher Weise einzuschränken geeignet waren. Aufrechterhalten blieben lediglich die Bestimmungen über Versammlungen unter freiem Himmel und ferner eine Bestimmung, daß Versammlungen zu verbieten seien, wenn eine unmittelbare Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer einer Versammlung zu befürchten ist. Diese Bestimmung ist nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts — darüber ist ein Gutachten abgegeben worden — nur dahin aufzufassen, daß, wenn zum Beispiel ein Saal nicht feuersicher ist, wenn irgendwelche Einsturzgefahren drohen usw., die Polizei das Recht hat einzugreifen. Nie und nimmer aber hat sie das Recht, eine Versammlung zu verbieten, weil in dieser Versammlung Dritte Krach und Radau machen wollen, sondern es ist die von allen Staatsrechtslehrern anerkannte, selbstverständliche Pflicht der Polizei, sofort gegen alle Ruhestörer vorzugehen und die Abhaltung der Versammlung zu ermöglichen.

Es sind also durch die Reichsverfassung alle einschränkenden Bestimmungen, selbst des Reichsvereinsgesetzes, aufgehoben worden, selbstverständlich auch alle Bestimmungen des Allgemeinen Preußischen Landrechts, die sich darauf beziehen.

(Abgeordneter Malzahn: Das interessiert uns wenig!)

Herr Malzahn, seien Sie doch froh, wenn ich Ihnen die geistigen Waffen für Ihre Versammlungen liefere.

In einer weiteren Entscheidung, und zwar zu § 7 des Vereinsgesetzes, dessen einschränkende Bestimmungen durch Art. 123 der Reichsverfassung beseitigt sind, führt das Oberverwaltungsgericht aus, daß die Polizei zu untersuchen hat, ob eine Gefährdung von der Versammlung selbst drohe, daß dagegen eine gelegentlich der Versammlung von Dritten drohende Gefährdung niemals ein Versammlungsverbot begründen könne.

Eine Begründung eines Versammlungsverbots mit der Gefahr einer Störung durch Dritte ist also ungesetzlich und als ein Vorwand für eine willkürliche und rechtswidrige Versagung der Genehmigung beziehungsweise, da es heute einer Genehmigung gar nicht bedarf nach der Reichsverfassung, als ein willkürlicher und rechtswidriger Versuch anzusehen, die verfassungsmäßig gewährleistete Versammlungsfreiheit zu beschränken.

Nach geltendem Recht ist es Pflicht der Polizei, bevorstehende Störungen von Versammlungen mit den ihr gegebenen Machtmitteln zu verhindern, die Versammlungsteilnehmer zu schützen und die ihnen durch das Gesetz gegebene Versammlungsfreiheit gegenüber jedem rechtswidrigen Angriff Dritter zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren! Das ist der glatte Tatbestand, an dem keiner vorübergehen kann, auch nicht das Ministerium des Innern oder das Reichsjustizministerium. Wir haben bei dem Oberverwaltungsgericht selbstverständlich diese Dinge anhängig gemacht.

(Abgeordneter Malzahn: Das ist wenig interessant!)

— Aber mich interessiert es; was Sie interessiert, ist mir ganz Wurst! — Aber bei dem Geschäftsgang und der Ueberfülle der Geschäfte beim Oberverwaltungsgericht ist anzunehmen, daß eine Entscheidung über diese außerordentlich wichtige Sache vielleicht im Jahre 1937 gefällt wird, also zu einer Zeit, wo sowohl Herr Minister Severing wie die übrigen jetzigen Regierenden und Obrigkeitsvertreter längst in irgendeine Versenkung verschwunden sind. Wir fordern von der Regierung und vom Ministerium des Innern, daß es seine ganze Autorität geltend macht, damit Reichsrecht Reichsrecht bleibt, damit wir nicht weiter vergewaltigt werden, wie es bisher geschehen ist.

Wie weit auch in anderer Hinsicht die Vergewaltigung noch geht, geht zum Beispiel daraus hervor, daß, obwohl das Verbot gegen den „Stahlhelm" durch eine Entscheidung des Staatsgerichtshofs vom 26. Januar aufgehoben worden ist, die Behörde in Stade die Gründung einer Ortsgruppe verhindert und die Teilnehmer einer Versammlung, die also eine nun genehmigte Organisation aufziehen wollten, polizeilich auseinandertrieb.

Ein anderer Fall, wie unsere Beschwerden behandelt werden, wie überhaupt das Gesetz zum Schutze der Republik behandelt wird, geht aus dem Verbot gegen die „Schlesische Volksstimme" hervor. Im Dezember wird das Blatt verboten und zwar auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik. Am 26. Dezember fragt der Verleger beim Staatsgerichtshof an. Da wird ihm gesagt: die Sache ist an den Oberpräsidenten gegeben worden. Der Verleger geht zum Oberpräsidenten und der sagt ihm: „Ich habe gar keine Ahnung davon, ich habe nichts bekommen. Die Sache wird wohl noch beim Staatsgerichtshof liegen." Die Sache zieht sich Monate lang hin, kein Mensch rührt sich, um ein wirtschaftliches Unternehmen, das anscheinend absichtlich vernichtet werden soll, vor dem Zusammenbruch zu retten.

Meine Damen und Herren! Der völkisch gesinnte Staatsbürger ist also heute tatsächlich in den meisten deutschen Ländern gänzlich rechtlos geworden. Das ist ein Zustand, gegen den wir den allerschärfsten, lautesten Protest erheben.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschvölkischen Freiheitspartei.)

Um so besser aber geht es allen Ausländern, die sich in Deutschland bewegen dürfen.

(Abgeordneter Malzahn: Jetzt kommen die Juden heran!)

— Ja, die kommen jetzt heran. —

(Lachen links.)

Ueber die Grenze unseres Vaterlandes schwärmen nach einer Mitteilung des Blattes der nationaldeutschen Juden, das Sie (nach links) ab und zu ruhig einmal lesen können, wie Heuschrecken die Massen des Ostjudentums und machen sich in Deutschland in einer Weise breit, daß, wie dieses Blatt der nationaldeutschen Juden schreibt, die Erregung über diese Tatsache eine so allgemeine im deutschen Volke ist, daß sich niemand zu wundern braucht, wenn diese Erregung schließlich einmal bedenkliche Formen annimmt.

(Zurufe links.)

Sehen Sie, meine Damen und Herren: wir haben seit Jahr und Tag vom Ministerium des Innern Statistiken über die Einwanderung der Ostjuden nach Deutschland verlangt. Wir haben aber solche Statistiken nie bekommen; nur ganz selten einmal hört man einige Zahlen. In einer Sitzung der Berliner jüdischen Gemeinderepräsentanten sagte der Berichterstatter, daß die ostjüdischen Synagogenvereine in Berlin 2500 Familien umfassen und acht eigene Synagogen haben. Ein Zionist fügte hinzu, daß eine noch viel größere Zahl von Juden, die außerhalb der Vereine stehen, in diesen Synagogenvereinen ihre Vertretung sehen. Ich empfehle Ihnen allen: gehen Sie einmal durch Berlin W und sehen Sie sich die Sieben- bis Zehnzimmerwohnungen an! Sie können manche Häuser von oben bis unten ablaufen, auf jedem Wohnungsschild finden Sie jüdische Namen.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschvölkischen Freiheitspartei. — Abgeordneter Malzahn: Juden raus!)

— Ich wollte, sie wären draußen. —

(Lachen links.)

Ich kann Ihnen nur sagen, daß diese Vergewaltigung des deutschen Volkes gerade in der Wohnungsfrage in einer Zeit, in der der Deutsche nicht mehr weiß, wo er sein Haupt hinlegen soll, ein Skandal ist, gegen den eigentlich alle Deutschgesinnten ohne Unterschied der Partei angehen müßten.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschvölkischen Freiheitspartei.)

Wie ist es denn in Wirklichkeit? Wie müssen die vielen Tausende von Flüchtlingen aus den verlorengegangenen Gebieten sich heute herumdrücken?

In welchen Löchern mit einem oder zwei Zimmern sitzen sie zusammengepfercht? Aber in Berlin haben diese Juden ihre Zehnzimmerwohnungen. Die Herren bauen sich dort ihre Villen, kaufen sich Villen. Es ist eine wahre Pracht, zu sehen, wie dieses Volk gedeiht unter dem heutigen System, und das deutsche Volk geht zugrunde unter dem heutigen System.

(Lebhafte Zustimmung und Zurufe bei der Deutschvölkischen Freiheitspartei: Und die Wolgadeutschen hat man nicht hereingelassen!)

— Ja, die Wolgadeutschen wollte man überhaupt nicht hereinlassen, vor lauter Angst. Das sind ja auch nur Deutsche. Ja, wenn es Juden gewesen wären, dann hätte man ihnen alle Tore geöffnet und sie in das deutsche Vaterland hereingelassen.

Nach einer Mitteilung tschechischer Blätter steht jetzt die Ausweisung aller derer aus Hultschin bevor, die für Deutschland optiert haben, es wird mit der größten Rücksichtslosigkeit gegen sie nach tschechischen Blättermeldungen vorgegangen werden. Ich frage: wo kommen denn nun diese Deutschen, die von dort unter dem Druck der Feinde nach Deutschland einwandern müssen, unter im deutschen Vaterlande? Will die Reichsregierung nicht endlich einmal dafür sorgen: daß für den Deutschen im deutschen Vaterlande Platz geschaffen wird! Wenn wir dann noch Platz übrig haben, gut, dann kann auch der Ausländer bei uns Platz bekommen. Erst aber kommt in Deutschland der Deutsche.

(Lebhafte Zustimmung bei der Deutschvölkischen Freiheitspartei.)

Es wäre außerordentlich wünschenswert, wenn dieser Standpunkt auch der Standpunkt der deutschen Reichsregierung wäre.

Sehen Sie sich bitte einmal die Ueberfremdung des deutschen Grundbesitzes an. In Friedenau sind vom April bis September 48 jüdische Großaufkäufer von Häusern tätig gewesen.

Der Leiter der Wiener Paßstelle hat mitgeteilt, daß er sich die redlichste Mühe gibt, nicht den ganzen Janhagel von Schiebern ins Deutsche Reich hereinzulassen; er hat mitgeteilt, daß ein einziger jüdischer Schieber dort an einem Tage 30 Berliner Häuser telephonisch gekauft hat,

(lebhafte Rufe: Hört! Hört! bei der Deutschvölkischen Freiheitspartei. — Zuruf von den Kommunisten: Und wer verkauft diese Häuser?)

— Das sind alle die Leute, die durch Ihre Zwangswirtschaft und Ihre Bekämpfung des Grundbesitzes kaputt gemacht worden sind, so daß schließlich kein Hausbesitzer mehr weiß, wovon er leben und wovon er die notwendigsten Reparaturen bezahlen soll. Und von diesen 30 Häusern hat der Wiener Jude 26 binnen acht Tagen mit Riesengewinn weiter verkauft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben kürzlich ein Notgesetz gegen Schlemmerei und Wucher beraten. Das Gesetz wird ja hier noch einmal zur Verhandlung stehen. In dieses Gesetz müssen unbedingt Bestimmungen hinein, die nicht nur dem Beamten, der jetzt durch die Franzosen und Belgier aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen wird, eine Heimstätte in Deutschland sichern, sondern es muß Sorge getragen werden, daß jeder Deutsche, der aus dem besetzten Gebiet kommt, vor jedem Ausländer und erst recht vor jedem Juden bevorzugt wird.

Das Ausländerunwesen und die Tatsache, daß in einem Staate, der doch eine sehr starke, sozialistische Färbung, namentlich in der Verwaltung, trägt, wie ich vorhin gezeigt habe, ausgerechnet das internationale jüdische Großkapital der absolute Herr geworden ist, dem wir alle zu fronden haben, mögen wir Bauern oder Bürger, Arbeiter oder Beamte oder sonst etwas sein; diese Tatsache beleuchtet viel besser als alles andere, was wir immer seit Jahren und Jahrzehnten gesagt haben, daß die rote Internationale in Wirklichkeit nichts anderes als die Dienerin des internationalen jüdischen Großkapitals und der goldenen Internationale ist.

Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit auch gegen solche Vorkommnisse, wie sie bei der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik geschehen sind.

(Abgeordneter Malzahn: Das sind Christen!)

— Dann sind es ganz elende Judengenossen und Judenknechte, die noch viel verächtlicher sind, als es der Jude vielleicht selber ist. Die Tatsache, daß ein großes deutsches Werk hier eine gewaltige deutsche Geisteserfindung an den Feind, und zwar ausgerechnet an die Franzosen, verhökert hat, in einer Zeit, da eine sozialistische Regierung die Genehmigung dazu erteilt hat, beweist, wie sehr wir bereits durch das internationale Börsen- und Judenkapital versklavt sind.

Alle die Ereignisse der letzten Zeit sind ja nichts anderes, als die Vollstreckung des Willens des internationalen Börsenkapitals, das für Deutschland nie ein Herz gehabt hat und nie ein Herz haben kann. Die Kreise in Deutschland, die da glauben, daß sie mit Hilfe dieses internationalen Kapitals den Wiederaufbau vollziehen können, haben ja angesichts der letzten Wochen eine Niederlage so furchtbarer Art erlebt, daß sie es wohl selber heute, wenigstens im stillen Kämmerlein, sich eingestehen müssen, daß diese Hoffnung getrogen hat, daß jeder, der auf die goldene Internationale baut, jeder, der da denkt, mit Hilfe des Judenkapitals aufbauen zu können, und dabei das Völkische und Nationale erst in zweiter Linie berücksichtigt, an diesem Problem einfach scheitern muß.

In letzter Zeit haben wir immer wieder von allen Seiten das Wort von der nationalen Einheitsfront gehört. Ein schönes Wort! Wer wollte denn nicht lieber als wir, daß wir wirklich zu einer nationalen Abwehrfront gegenüber dem Vernichtungswillen unserer Feinde kommen! Aber der Glaube an eine solche Abwehrfront, an eine nationale Einheitsfront ist uns geschwunden angesichts der Tatsache, daß im Innern Deutschlands ein Krieg gegen alles geführt wird, was bewußt völkisch und bewußt national ist.

Die Kreise, die sich gerade in den Verboten gegen die völkische Bewegung ein Gütchen getan haben, die Kreise, die also um Herrn Severing und Genossen stehen, diese Kreise sind es ja seit Wochen, die jeden Widerstand, der sich im Westen gegen die Franzosen und Belgier kundgibt, zu hintertreiben, zu sabotieren suchen. Ich verweise nur auf den gefährlichen Artikel, den der „Vorwärts" geschrieben hat — ich glaube, es war der Herr Stampfer selber —, in dem er seiner Befriedigung Ausdruck gab, daß nunmehr die nationale Welle im Ruhrgebiet abgebogen sei und der Kampf gegen Frankreich und Belgien nur noch gewerkschaftlich geführt werde. Aehnliche Aeußerungen haben Breitscheid, Hilferding, haben andere getan. Ueberall sucht man heute bereits die nationale Abwehrfront zu sabotieren, genau so, wie das während des Krieges geschehen ist.

(Zuruf von den Kommunisten: Der Dolchstoß!)

— Jawohl! Der Dolchstoß, der damals gegen die Armee geführt worden ist, soll jetzt zum zweiten Male gegen die nationale Einheitsfront geführt werden. Das ist der Sinn und Zweck dieser ganzen Machenschaften. Am 6. November 1917 hat der „Vorwärts" geschrieben:

> Warum noch Krieg? Wir müssen uns heute darüber klar werden, daß die eigentlichste und tiefste Ursache dafür, daß es so ungeheuer schwer ist, zum Frieden zu kommen, in den militärischen Erfolgen Deutschlands liegt.

Genau dasselbe ist heute der Fall! Auch heute sagen dieselben Leute: um Gottes Willen keine nationale Abwehrfront, sondern versucht um jeden Preis zu verhandeln, versucht um jeden Preis zu einer Verständigung zu kommen, zu einer Verständigung mit einem Feinde, dessen Vernichtungswille gegen Deutschland nun allmählich auch dem törichtsten Deutschen klar geworden sein sollte!

Aber nicht nur diese sozialistischen Kreise, sondern jene Kreise, die international börsenkapitalistisch eingestellt sind, sehen ja gar kein Unglück in der Tatsache, daß wir allmählich eine Beute des Feindes und des internationalen Großkapitals werden. Ich verweise auf die „Frankfurter Zeitung" vom 8. Februar, die da geschrieben hat:

> Weite Kreise in Deutschland haben in den Jahren seit unserem militärischen Zusammenbruch heftige Furcht vor allem, was nach Ueberfremdung aussah, bekundet. Sie verkannten, daß Ueberfremdung in großem Ausmaße unser unabwendbares Schicksal war, und daß nicht jede Ueberfremdung an sich für uns schon verhängnisvoll ist, sondern daß es umgekehrt darauf ankommt, sie nach Möglichkeit in ungefährliche Bahnen zu lenken.

Da haben Sie diese Weltanschauung! Die Weltanschauung, die darin gipfelt: Wir brauchen gar kein nationales Deutschland, diese ganze Abwehrfront ist eine Gefahr; laßt doch die Fremden und die fremden Milliarden herein, werden wir doch ruhig ein Heloten-, ein Sklavenvolk, werden wir doch ruhig die Diener der goldenen Internationale! Diese Weltanschauung ist bereits interparteilich geworden. Dagegen bäumen wir uns auf! Alle die Erscheinungen der letzten Zeit, alle die Verbote, all das, was damit zusammenhängt, sind ein einziger großer Plan, das völkische Erwachen Deutschlands, des deutschen Volkes zu hintertreiben, es einzulullen, es wieder einzuschläfern, damit es nicht begreift, wo in Wirklichkeit der Feind steht.

Nach Pressenachrichten, nach Gerüchten, die an der Börse sind, verlautet, daß der Reichsbankpräsident Havenstein zurückgetreten sei, und zwar infolge der Forderung der Reichsregierung, daß die Golddevisen zur Hebung der Mark hinausgeworfen werden müssen, und nach diesen Börsennachrichten, die ich hier wiedergebe und auf die ich eine Antwort erhoffe, sollen an die Stelle des Herrn Havenstein die Herren Mendelssohn, Warburg, Bleichröder und Loeb treten.

Wenn das wirklich der Fall ist, — dann wäre das wenigstens ein sichtbares Zeichen dafür, daß wir heute in Deutschland nicht mehr von Deutschen regiert werden, sondern daß die wirklichen Herren, die das Geld und die Macht haben, in der Tat das internationale Judentum sind.

Wir kommen aus dieser Lage, in der wir sind, nie und nimmer heraus, es sei denn durch die Besinnung auf unsere völkische Kraft und dadurch, daß alle Kreise unseres Volkes zusammenstehen, die wirklich ein Interesse an einer wirklichen Freiheit haben, nicht an der Freiheit des Sklaven, der von seinen Sklavenhaltern einigermaßen ernährt wird, damit er nicht zusammenbricht, damit er arbeiten kann, sondern der Freiheit des deutschen Mannes, der auf deutscher Scholle, auf deutschem Grund und Boden nach deutschen Gesetzen von deutschen Männern regiert wird. Alles Klagen und alles Schreien hat heute doch einen üblen Beigeschmack.

Ich erinnere an das Wort eines ganz großen Mannes, der einmal gesagt hat: „Damals hättet ihr weinen sollen, als euch die Waffen genommen, die Schiffe verbrannt und die Kriege mit dem Ausland untersagt wurden; das ist die Wunde, an der wir sterben werden." Der das gesagt hat, war Hannibal, eine Mann, der den Untergang einer Großmacht, eines starken Volkes erlebt

DETEKTIV KLANTE / BERLIN W 8 Friedrichstraße 65 Vom ehemalig. Geheimdienst des Kaisers

hat, der daran gestorben ist. Die Worte könnten heute gesprochen werden, sie paßten auf den heutigen Tag.

Damals hätten wir weinen sollen, als die Schiffe geschmückt von Kiel und Wilhelmshaven nach England geschickt wurden! Damals hätten wir weinen sollen, als man uns die Waffen, die Flugzeuge genommen hat! Jawohl, damals war der Zeitpunkt, wo das deutsche Volk sich aufbäumen sollte, im heiligen Zorn dreinschlagen sollte, daß nicht internationale Mächte ihm das nahmen, woran es gebaut hat in Jahrhunderten: sein Deutsches Reich. Ich fordere die Regierung auf und warne Sie: Verpassen Sie diesen historischen Moment nicht, sorgen Sie dafür, daß alles das, was völkisch ist, was aufbauen will und wird, nicht verprellt wird durch Menschen, die Diener der roten oder der goldenen, auf jeden Fall der jüdischen Internationale sind. Sorgen Sie dafür, daß im Deutschen Reiche **deutsches Recht gilt.**

Die D. F. P. und die Deutsch-Soziale Partei.

(Eine Richtigstellung.)

In den Nummern 6 und 7 des „Deutschen Wochenblattes" vom 11. und 18. Februar beschäftigt sich dessen Herausgeber und gleichzeitiger Vorsitzender der Deutsch-Sozialen Partei, Richard Kunze, in zwei Aufsätzen mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei und deren Führerschaft. Er nimmt Bezug auf die Besprechungen, die vor der Ausrufung der D. F. P. mit dem Hauptvorstand der Deutsch-Sozialen Partei gepflogen worden sind und kommt dabei zu Feststellungen, die den Tatsachen glatt widersprechen. So läßt er beispielsweise durchblicken, daß ein Zusammengehen mit der Deutsch-Sozialen Partei daran gescheitert sei, daß die Führerschaft der D. F. P. sich in einer finanziellen Abhängigkeit befände, die es ihr unmöglich mache, für die Arbeiterinteressen einzutreten. Ferner versucht er, der Deutschvölkischen Freiheitspartei zu unterstellen, daß sie „vor allem die besseren Kreise" holen wolle, also Arbeiter und bessere Kreise unterscheide. Auch sei die monarchistische Einstellung einzelner Führer und Anhänger in der Freiheitsbewegung ein Hindernis für die Schaffung einer einheitlichen Partei gewesen. Wir haben demgegenüber Herrn Kunze auf Grund des § 11 des Pressegesetzes aufgefordert, nachstehende Berichtigung im „Deutschen Wochenblatt" abzudrucken:

1. Es ist nicht richtig, daß man von seiten der Führerschaft der Deutschvölkischen Freiheitspartei in der mit dem Hauptvorstand der Deutsch-Sozialen Partei gepflogenen Besprechung deutlich durchblicken ließ, „daß das bisherige energische Eintreten der Deutsch-Sozialen für Arbeiterinteressen die hinter den Gründern der neuen Partei stehenden Kreise von einer Einheitsfront fernhalten würde", richtig ist vielmehr, daß die Führerschaft der Deutschvölkischen Freiheitspartei mit allem Nachdruck hervorhob, daß gerade die Arbeiterbelange von der hinter der Führerschaft stehenden Deutschvölkischen Freiheitsbewegung vertreten würden, zumal sich diese Bewegung fast durchweg aus Angestellten und Arbeitern zusammensetzt, eine Feststellung, die übrigens auch im Programm der Deutschvölkischen Freiheitspartei ihren Ausdruck findet; richtig ist es ferner, daß die Führerschaft der Deutschvölkischen Freiheitspartei vertreten wurde, nur mit Unterschied, daß Herr Kunze ein Aufgehen dieser Bewegung in der Deutsch-Sozialen Partei und eine Festlegung auf das Programm dieser Partei forderte, während die Führerschaft der Freiheitspartei die Auffassung vertrat, daß die zu schaffende Partei nicht eine Partei im üblichen parlamentarischen Sinne, sondern eine Bewegung sein müsse, und daß sie angesichts der verschiedenartigen und zum Teil sogar ablehnenden Einstellung der Deutschvölkischen zu einem bis ins Einzelnste gehenden Parteiprogramm nur in ganz großzügiger Weise auf die Hauptkampfziele festgelegt werden könne.

2. Es ist nicht richtig, daß die Herren Wulle und Henning die unklare Haltung der Deutsch-Sozialen Partei in der Verfassungsfrage bemängelt und betont hätten, daß „die hinter ihnen stehenden monarchistischen Kreise daran besonderen Anstoß nähmen", richtig ist vielmehr, daß bei einem der anwesenden Herren die irrtümliche Meinung vorhanden war, daß die Deutsch-Soziale Partei in ihrem Programm grundsätzlich und einseitig für die Republik einträte, während der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung neben überzeugten Republikanern ebenso überzeugte Monarchisten angehörten". Die Meinungen in dieser Frage stimmten jedoch überein, nachdem Herr Kunze betont hatte, daß die Deutsch-Soziale Partei ebenso wie die Deutschvölkische Freiheitsbewegung die Verfassungsfrage der Entscheidung des Volkes überlasse.

3. Es ist nicht wahr, daß die in der Deutschvölkischen Freiheitspartei organisierte völkische Bewegung „verschiedene Volksklassen unterscheidet", daß sie „vor allem die besseren Kreise holen wolle" und daß Herr Kunze in diesem Zusammenhang erklärt habe, es sei nicht völkisch, Arbeiter und bessere Kreise zu unterscheiden. Wahr ist vielmehr, daß die Deutschvölkische Freiheitspartei tatsächlich und programmatisch sowohl den Klassenhaß wie auch den Klassengeist auf das entschiedenste bekämpft und daß diese ganz selbstverständliche Auffassung auch in der angeführten Besprechung von der Führerschaft bedingungslos vertreten wurde.

4. Es ist nicht wahr, daß die „Begründer" der Deutschvölkischen Freiheitspartei nicht mit der Deutsch-Sozialen Partei „zusammengehen konnten", weil sie „von vornherein unfrei sind und Rücksicht auf ihre Geldgeber zu nehmen haben". Wahr ist vielmehr, daß sowohl die Führer der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung als auch die Bewegung selbst völlig frei sind von irgend welchen finanziellen Bindungen, die sie zu irgend welcher Rücksichtnahme zwingen könnten. Wahr ist weiter, daß gerade die selbstlose Opferwilligkeit ihrer Mitglieder die Deutschvölkische Freiheitspartei befähigt, sich rücksichtslos und in großzügigster Weise durchzusetzen.

Wir stellen an dieser Stelle nochmals fest, daß von seiten der Führerschaft der D. F. P. vor Ausrufung der Partei mehrfach versucht worden ist, in offener Aussprache mit der Leitung der Deutsch-Sozialen Partei zu einem Einvernehmen zu gelangen, zumal auch aus der Deutsch-Sozialen Partei selbst heraus eine solche Zusammenarbeit verlangt wurde. Diese Versuche sind letzten Endes daran gescheitert, daß ja Herr Kunze das Wesen der D. F. P. als eine Volksbewegung nicht anerkannte, sondern glaubte, daß es sich lediglich um die Gründung einer neuen Partei im üblichen parlamentarischen Sinne handle. Diese bedauerliche Auffassung wird am besten dadurch gekennzeichnet, daß er in einer der Besprechungen versuchte, die Abgeordneten der D. F. P. für die Deutsch-Soziale Partei zu gewinnen mit der Motivierung, daß ihre Wiederwahl ins Parlament dann endgültig gesichert sei. Es braucht nicht weiter betont zu werden, daß Herr v. Graefe im Namen der Führerschaft eine solche Begründung als vollkommen unwesentlich ablehnte und darauf hinwies, daß es sich heute um weit mehr handele, als um die persönlichen Interessen einzelner Abgeordneten. Wie sehr im übrigen der wahre Charakter der D. F. P. als einer Kampfpartei im Sinne ihrer fünf großen Ziele gerade von den bisherigen Anhängern der Deutsch-Sozialen Partei erkannt worden ist, beweisen die zahlreichen Anschlußerklärungen von Einzelmitgliedern und ganzer Ortsgruppen zur D. F. P. Herr Kunze aber möge sich gesagt sein lassen, daß die bedauerliche Art seiner Kampfesweise die Entwicklung der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung nicht im geringsten aufhalten, sondern im Gegenteil nur fördern und stärken wird.

Die Rechtsungültigkeit des Friedensvertrages von Versailles.

Der „Reichswart" hat in Nr. 51 vom 23. Dezember 1922 die gutachtlichen Aeußerungen von Völkerrechtslehrern über die Rechtsungültigkeit des Friedensvertrages besprochen. In „Niemeyers Zeitschrift für Internationales Recht" XXX Heft 1 bis 4 S. 110—117 befindet sich ein Aufsatz über denselben Gegenstand von Professor Dr. Hold-Ferneck-Wien, der zu demselben Ergebnis kommt wie die Gutachter der D. J. Z.

Ferneck erörtert, dem Fr. V. sind 2 Vorverträge vorausgegangen, außer dem förmlichen Waffenstillstandsvertrage auch ein solcher durch diplomatischen Notenwechsel, indem auf die deutsche Note vom 3. Oktober 1918 an Wilson, dieser die Anfrage: „accept the terms laid down by the President" und ob es nur noch über „practical details of their application" verhandeln wolle, an die deutsche Regierung richtete. Die deutsche Regierung hat hierauf am 12. Oktober 1918 bejahend geantwortet. Die Note der Vereinigten Staaten vom 5. November 1918 an die deutsche Regierung gibt hierauf ein Memorandum der alliierten Regierungen wieder, in dem es heißt: „Die alliierten Regierungen erklären ihre Bereitwilligkeit, mit der deutschen Regierung auf Grund der Bedingungen Frieden zu schließen, die in der Botschaft des Präsidenten vom 8. Januar 1918 und seinen späteren Kundgebungen niedergelegt sind. Hold-Ferneck stellt fest, daß mit dieser Annahme des deutschen Angebotes ein unzweifelhaft rechtsverbindliches „pactum decontrahendo" zustande gekommen sei, das keinen Raum mehr gelassen habe für Verhandlungen über materielle Friedensvertragsbestimmungen, sondern nur noch über die „practical details of their application". Die Feinde Deutschlands haben in diesem Vorvertrage eine Rechtspflicht übernommen; sofern sie verletzt wurde, ist der folgende Friedensvertrag verbindlich. Nahezu keine einzige Bestimmung des Fr. V. entspricht den Bedingungen des Vorvertrages, und zwar in dreifacher Hinsicht nicht: 1. Mehrere Punkte sind gar nicht eingehalten (allgemeine Abrüstung, weitherzige und unparteiische Regelung kolonialer Ansprüche, Verhandlung mit Deutschland über die Balkanfrage, die Grenzen Polens, Verbot willkürlicher Gruppierungen und einzelner Bündnisse). 2. Zahlreiche Zumutungen des Friedens sind in den „Punkten" nicht enthalten. (Aburteilung des Kaisers, Auslieferung der Heerführer, die Verpflichtung, sich an Verträge zu binden, die erst später geschlossen werden sollten: Frieden zu schließen mit Staaten, mit denen Deutschland gar nicht Krieg geführt hat und die Anerkennung neuer Staaten.) 3. Widerspricht der ganze Geist dem in den „Punkten" proklamierten „Geiste der Versöhnlichkeit und der allgemeinen Menschenliebe". Schon der Vorsitzende des Friedenskongresses habe erklärt, „dieser 2. Friede von Versailles ist zu teuer erkauft worden, als daß wir nicht einhellig entschlossen wären, uns aller uns zur Verfügung stehender Mittel zu bedienen, um einen dauerhaften Frieden herzustellen. Auch insofern sei der Friede unverbindlich, als im Gegensatz zu der im Vorvertrage ausdrücklich erteilten Zusage nicht über ihn verhandelt sei, sondern trotz der Einführung der Republik ein Ultimatum erlassen, also Uebergabe gefordert sei.

Von den zwei sich widersprechenden Verträgen kann nur einer verbindlich sein. Verbindlich ist aber ohne allen Zweifel nur der Vorvertrag, da er ohne völkerrechtliche Pflichtverletzung zustande gekommen ist, im Fr. V. aber die im Vorvertrage übernommenen Pflichten verletzt sind. Ueber die Schuldfrage, sagt Hold-Ferneck, enthalte der Vorvertrag nichts, während der Friedensvertrag das erzwungene Schuldgeständnis enthielte. Man versuche es aus den erweiterten Punkten 7 und 8 abzuleiten, wo Deutschland sich verpflichte, den Schaden zu ersetzen, der „durch seinen Angriff zu Lande, zu Wasser und von der Luft aus" verursacht sei; wobei man so tue, als ob auch Italien, Rumänien, Amerika angegriffen seien, während für jeden Einsichtigen außer Zweifel stehe, daß nicht einmal Belgien, Frankreich und England angegriffen worden sei. Nach der herrschenden Lehre gebe es keine Unterscheidung zwischen gerechtem und ungerechtem, eine völkerrechtliche Vorschrift, die den „ungerechten Krieg" verbiete, bestehe nicht, es sei auch nicht festzustellen, was denn das Wesen des gerechten oder ungerechten Krieges ausmache. Es muß infolgedessen widersinnig sein, von der „Schuld am Kriege" zu sprechen und daran Folgen zu knüpfen. Nur wo der Krieg im besonderen einer völkerrechtlichen Pflicht, etwa einem Bündnisvertrag widersprach, sei er unzulässig und der erzwungene Friede unverbindlich. (Welche Folgen ergeben sich nun aber aus der Beteiligung Italiens und Rumäniens am Kriege und Friedensvertrage? Verf.)

Es bedarf keines Wortes, daß die Erörterungen über die Unverbindlichkeit des Diktatfriedens in der Hand einer zielbewußten und energischen Regierung eine Waffe werden müßten, die allmählich zu seiner Beseitigung führen würde, wenn diesem Gegenstande auch die Vertreter der Völkerrechtswissenschaft stetige und sich steigernde Aufmerksamkeit entgegenbrächten und ihn immer wieder bis zur völligen Klärung aller schwebenden Fragen behandeln würden. Die juristischen Ergebnisse vermögen aber diejenigen, die dem Schanddokument durch ihre Unterschrift formal den Schein eines gültigen Vertrages gaben, nicht zu entlasten. Nicht der Rechtszustand, sondern die Realitäten des Lebens, nicht die juristischen, sondern die politischen Ergebnisse sind das Entscheidende. Durch die Hinrichtung des Mörders wird der Ermordete nicht wieder lebendig. Es gab Völker, die unglückliche Generale, nicht erfolgreiche Staatsmänner mit Verbannung, ja mit dem Tode schwer bestraft haben. Meines Wissens ist es aber außer in Deutschland niemals vorgekommen, daß sich ein Staatsmann in der Rolle des Betrogenen so unverblümt hätte präsentieren dürfen, wie es hier geschehen ist. Ein überaus lächerliches und beschämendes Schauspiel, das noch dadurch überboten wird, daß zur Harmlosigkeit des Betrogenen auch noch die Mut- und Hilflosigkeit desjenigen hinzukam, der unter die Räuber fiel.

Die heutige Nummer enthält die Halbmonats-Beilage „Deutsches Schrifttum", Herausg. Prof. Adolf Bartels.

Verantwortlich für den Inhalt: Graf Ernst zu Reventlow, Potsdam. Für den Anzeigenteil: H. Bana, Berlin. Verlag: „Der Reichswart", Verlagsges. m. b. H., Berlin SW. 11, Dessauerstr. 6. Druck: Neudeutsche Verlags- und Treuhand-Gesellschaft m. b. H., Berlin SW. 11, Hedemannstraße 13.

Detektiv-Institut. Hauptmann Holtz, Leipziger Str. 105, Ecke Friedrichstr. Tel. Zentr. 1273. Erstklassige Erfolge!

Jeder Deutsche sollte die Bedeutung seines Namens kennen. Deutsche Sippennamen deutet gegen Vergütung Dr. K. Stahl, Würzburg, Tröltschstr. 4, Verf. von „Nordlands Untergang". Antwortmarken erbeten.

Unverwüstl. Arbeitskraft
24 j. Res.-Offz., bereits längere Zeit im Gr.-Hdl. u. industr. Großbetr. tätig gew., gute frz. u. engl. Sprachk., sowie etw. russ. sucht mögl. von 1. 4. Vertrauensst. in Handel od. Industrie, (auch Ausland). Angeb. a. H. Lotto, Tilsit, Linderstr. 9. (Auf Wunsch Zeugn. u. jed. and. verl. Auskunft).

Ankauf, Kommission, Verkauf von **Juwelen**, Perlen, Platin, Gold- u. Silbergegenst. jed. Art
Juwelengesellschaft
Graf H. von Einsiedel & J. Schulz*)
BERLIN NW 7, Unter den Linden 56.
Alleinige Vertragsfirma des Wirtschaftsbundes für den deutschen Adel E. G. m. b. H.
*) J. Schulz, früh. Mitarbeiter d. Hofjuweliers W. Bolin in Moskau.

Bankgeschäft Willi Bruß, Berlin-Wilmersdorf
Brandenburgische Straße 69
Telefon-Anschlüsse: Pfalzburg 1027, 6711, 6712, 6713 / Telegramm-Adresse: Ordrebruß-Berlin / Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 106006 / Filialen in: Stettin, Hohenzollernstraße 13; Wismar, Altwismarstraße 5; Bamberg, Luitpoldstraße 18; Potsdam, Waisenstraße 54
An- und Verkauf von Effekten / Scheckverkehr
Prompte Ausführung aller Bank- und Börsengeschäfte

Hotel Bellevue Dresden
R. Ronnefeld, Vorstand und Leiter
Weltbekanntes, vornehmes Haus in unvergleichlich herrlicher Lage an der Elbe und Theaterplatz, gegenüber dem Schloß, Opernhaus, Gemäldegalerie, Zwinger und Museum. Großer Garten und Terrassen an der Elbe.

Unterrichtsanstalten, Pensionate, Erziehungsheime, Sanatorien

Dir. Eckes Höh. Vorbe-reit.-Anstalt, Bln.-Steglitz, Fichtestr. 24, Stegl. 1562. Alle Klassen (gymn. u. real). Einj. Reichsverbandsprüfung, Prima, Abitur.; Umschulungen. Gegr. 1883. 2 Villen inmitten großer Gärten.

Dr. Weiß **Asthma-Kurhaus** Berlin-Südende

Berlin, Zietenstr. 22, Fischer's Vorber.-Anstalt f. alle Schulexamina. Abtlg. ab U-III. Gegr. 1888. Internat.! Damenvorbereitg.! Jahrgang, nurr. Borz. Erfolge! Prosp. Dir. Fischer, Obit. d. R. a. D.

Tannenhof Dr. Mellinger Waldsanatorium Friedrichroda

HOFFBAUER-STIFTUNG
POTSDAM — HERMANNSWERDER 120
JUGENDHEIM (vom 2. Jahre an) mit LYZEUM f. Mädchen und jüngere Knaben. FRAUENSCHULE mit staatlicher Berechtig. HAUSHALTUNGSSCHULE. ERHOLUNGSHEIM. Idyllische Lage am Wald und Wasser. Seminar für Hauswirtschaftslehrerinnen. Kurse für Privat- und Outseekreterinnen.

Dr. Teuschers Sanatorium Dresden - Weißer Hirsch

Waldsanatorium Schwarzeck Bad Blankenburg Thüringerwald. Prospekt: Erkranke u. innere Kranke

Polytechn. Institut Arnstadt Thür. Moderne Laborator., Maschinenbau, Elektrotechnik, Gas- und Wassertechnik, Chemie, Bauingenieure.

Mechanische Treibriemenweberei und Ledertreibriemenfabrik
Aktiengesellschaft, (vormals Paul Grieger) Tempelhof b. Berlin, Ringbahnstr. 42/43, Fernspr.: Südr. 1162/65
Abteilung: Leder — Ia Kernleder-Treibriemen in allen Dimensionen, in kürzester Zeit lieferbar. Chromleder-Riemen, Rundschnur, Cordelschnur, Ledermanschetten und Ringe.
Abteilung: Weberei — Kamelhaar-, Baumwoll-, Baumwolltuch-, Segeltuch-, Hanf- Treibriemen

Ernst Boldt, Grenadierstr. 18 am Schönhauser Tor
Berlins größtes Geldschranktransportgeschäft
Spezialgeschäft für Auslandstransporte Verzollung Verpackung
Fernsprecher: Amt Norden 646, 2775 u. 9414

Pferde für Luxus und Gebrauch, direkt vom Züchter. BERLIN, Schiffbauerdamm 21.

Die Geheimnisse d. Weisen von Zion. Große Ausg. M. 4,—, Volks-Ausgabe geheftet 2,30, kart. 3,00

Secessio judaica von Hans Blüher. Philosophische Grundlegung der historischen Situation d. Judentums und der antisemitischen Bewegung. Inhalt: I. Geschichte und Wirtschaft / II. Der jüdische Irrtum / III. Der antisemitische Irrtum. Preis 0,60, geb. M. 2.— (Schlüsselzahl 2000) u. Porto. Zu bez. durch d. Reichswart-Verlagsges. m. b. H., Berlin SW 11, Dessauer Str. 6

Qualitäts-Margarine zu Fabrikpreisen direkt an Verbraucher frei Nachnahme. Deutsche Wirtschafts-Gemeinschaft, Hamburg 5.

Käse billiger! fetthaltig, Holländer Art, in Brotform 6 Pfund M. 17 880 frco. Nchn. Deutsche Wirtschafts-Gemeinschaft, Hamburg 5.

Kindergärtnerin 18 Jahre alt, sucht für Anfang April auch bei auslandsdeutscher Fam. Stellung. Angeb. erbeten an Eisenbahnsekr. Alfred Cieslewicz, Berlin O 17, Stralauer Allee 17 I.

Tafel-Oele von 15 Liter an, hat preisw. abzugeb. Rich. Leander, Düsseldorf.

Blonde und helläugige Deutsche organisiert Euch geistig und wirtschaftlich in der Germanischen Gesellschaft! Auskunft erteilt (geg. Rückporto) Erich Werner, Charlottenburg, Kirchstraße 21.

Browning, Kal. 7,65 M. 65000, Kal. 6,75 M. 65000, Maus. M. 80000, Jagdwaff. Benekendorff, Bln.-Friedenau, Rheinstraße 47.

康大 熙浩 **Alt-China** Porzellan Lackhaus usw Japan-Kunst große Auswahl günstige Preise **Th. Bohlken,** Kurfürstenstraße 122.

Emil Beck G. m. b. H.
Speditions-Geschäft
BERLIN SW 61, Teltower Str. 47-48
Fernsprecher: Nollendorf Nr. 2309 u. 2341
Telegramm-Adresse: Flügelbeck

Wer sich der De. Wi. Ge. anschließt spart jährlich M. 100000 und mehr
Deutsche Wirtschafts-Gemeinschaft, Hamburg 5

Die Sünden der Zeit Eine Romantrilogie von Artur Dinter
Band 1: **Die Sünde wider das Blut** 260. Tausend, Grundpreis geb. 5.— Mk.
Band 2: **Die Sünde wider den Geist** 100. Tausend, Grundpreis geb. 3.— Mk. Die Beschlagnahme d. d. Staatsanwaltschaft in Leipzig ist soeb. aufgeh.
Band 3: **Die Sünde wider die Liebe.** 25. Tausend, Grundpreis 4.— Mk. — Dieses Buch ist soeben ersch.
Die Grundpreise sind mit der Geldentwertungsziffer des deutschen Verlegervereins zu multiplizieren, der Bücherkäufer wolle beachten, daß nicht nur die Margarinepreise, sondern auch die Bücherpreise „gleitend" sind. — Alle Behauptungen der Buchhändler, die Dinterschen Bücher seien verboten oder beim Verleger vergriffen, wolle man zurückweisen. Gut geleitete Buchhandlungen haben die Bücher ständig vorrätig, sonst wende man sich an den Verlag
Matthes & Thost / Leipzig / Karlstraße 10